

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD hat in Bremen einen überzeugenden Wahlsieg errungen. Mit Jens Böhrnsen an der Spitze können wir dort weiterhin rot-grüne Politik umsetzen. Unsere Gestaltungschancen wachsen: In fünf von sieben Landtagswahlen haben wir in diesem Jahr die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung gesichert. Wenn nun in Bremen sowohl SPD wie Grüne hinzugewinnen und Rot-Grün 61 % der Stimmen auf sich vereint, die CDU hingegen nach starken Verlusten nur noch drittstärkste Partei wird und die FDP als Splitterpartei aus der Bürgerschaft rutscht, dann ist das ein klares Signal: Schwarz-Gelb scheidet.

Dass Union und FDP keine Ideen mehr haben und Politik nur noch verwalten, hat sich auch bei der **Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum G 8-Gipfel am 26. und 27. Mai in Deauville** gezeigt. Frank-Walter Steinmeier entgegnete ihr zutreffend im Plenum des Bundestages: „Niemand hat Sie gezwungen, hier heute Morgen 'ne Regierungserklärung abzugeben. Aber ich finde, wenn Sie eine abgeben, hat das Parlament mehr verdient als diesen leidenschaftslosen Rechenschaftsbericht.“

Im Mittelpunkt des G 8-Treffens wird auch die **Situation in Griechenland** stehen. Das Scheitern des 110 Milliarden Euro schweren ersten Rettungspakets beweist, wie richtig es war, dass seitens der SPD-Bundestagsfraktion eine glaubwürdige Wachstumsperspektive für Griechenland und eine Senkung der erdrückenden Zinslasten durch eine Gläubigerbeteiligung eingefordert wurden. Wie von vielen Kritikern befürchtet, steckt Griechenland nun in einer ab-



**Berlin-Brief, Ausgabe 97
26. Mai 2011**

Meine Termine

Fachkonferenz: „Für eine vielfältigere SPD – mehr Migrantinnen und Migranten in Mandate“
28.05.2011, 11.30 h, Berlin, Willy-Brandt-Haus

Tag der Offenen Tür im Klinikum am Weissenhof
29.05.2011, 11 h, Weinsberg, Klinikum

SPD-Ortsverein Weinsberg: Referat: Fairness auf dem Arbeitsmarkt – vor welchen Herausforderungen stehen wir?
30.05.2011, 19 h, Weinsberg, Café Dorsch am Marktplatz

Gründercafé mit Existenzgründern: Welchen wirtschaftspolitischen Stellenwert haben Firmengründungen?
01.06.2011, 17 h, Heilbronn, Café Eibauer, Grundackerstraße 2

Teilnahme am Evangelischen Kirchentag
04.06.2011, 10 h, Dresden

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

wärts gerichteten Rezessions-Schulden-Spirale, anstatt einen Weg aus der Krise zu finden.

Dennoch wollen die Europäischen Regierungen die wirkungslose Therapie jetzt in noch höherer Dosis fortsetzen und weitere Hilfskredite nur gegen zusätzliche Sparauflagen gewähren. Das kann nicht gutgehen. Ein wirklicher Ausweg aus der Schuldenkrise Griechenlands verlangt eine durchgreifende und nachhaltige Stärkung und Modernisierung der griechischen Volkswirtschaft. Dazu bedarf es aber realer Investitionen anstatt eines immer weiter anschwellenden, realwirtschaftlich nicht tragbaren Mittelabflusses insbesondere an die ausländischen Gläubiger. Hier muss eine wirksame Krisenbekämpfung ansetzen.

Angela Merkel wirft in der Debatte um die Griechenland-Hilfe den „faulen Südeuropäern“ nun auf niedrigstem Niveau vor, sie würden zu wenig arbeiten und zu früh in **Rente** gehen. Das ist von den Fakten her falsch und hilft uns in Europa nicht weiter.

Denn auch in Deutschland wissen wir, dass es nichts bringt, wenn wir einfach das gesetzliche Renteneintrittsalter erhöhen, die Mehrheit der Menschen aber gar keine Chance hat, auch tatsächlich länger zu arbeiten. Dies war am Donnerstag Thema einer Plenardebatte. Wir Sozialdemokraten sagen klar und deutlich: Der Einstieg in die Rente mit 67 muss so lange ausgesetzt werden, bis es genügend Arbeitsplätze für Menschen über 60 gibt. Die Bundesregierung hingegen hält an ihrem Zeitplan fest. Aber mangels guter und ausreichender Arbeit müssen ältere Arbeitnehmer die Zeit bis zur Rente oft mit prekären Jobs oder in Arbeitslosigkeit überbrücken. Das führt im Ergebnis zu mehr Altersarmut. Wir müssen daher die Lebenswirklichkeit älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen und in der Politik darauf reagieren, dass die Menschen bisher keine Chance haben, länger zu arbeiten und danach gesund in Rente zu gehen. Viele Unternehmen haben bisher rein gar nichts dafür getan, dass die Arbeitnehmer länger arbeiten können. Hier müssen wir die Wirtschaft viel stärker in die Pflicht nehmen! Deswegen müssen wir den Einstieg in die Erhöhung des Renteneintrittsalters verschieben, bis genügend Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

